

Wien, am 5. August 2008

PRESSEINFORMATION

Immobilieninvestoren schlagen Senkung oder Streichung der Mehrwertsteuer bei Mieten vor

VII lehnt Entwurf für das 2. Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz als Wahlzuckerl auf Kosten von Privaten vehement ab. Bruch des Vertrauensschutzes ist verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Parlamentarische Kultur in diesem Land am Tiefpunkt.

Wien: „Überfallsartig soll wieder einmal ein Gesetz ohne inhaltliche Diskussion, ohne ordentliche Begutachtungsfrist, mitten im Sommer durchgepeitscht werden, nur weil Wahlkampf ist. Das Justizministerium (SPÖ) scheut sichtlich in Wahlkampfzeiten nicht zurück, auf Kosten privater Eigentümer Wahlzuckerl zu verteilen, die nicht einmal jenen zugute kommen sollen, die wirklich dringend Hilfe benötigen“, empört sich Dr. Wolfgang Louzek, Präsident des VII (Verbandes der institutionellen Immobilieninvestoren). „Der Entwurf für das 2. Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz, stellt nicht nur einen Eingriff in das private Eigentumsrecht dar sondern ist unserer Meinung nach auch verfassungsrechtlich äußerst bedenklich“ ergänzt Louzek, der mit diesem Schnellverfahren die parlamentarische Kultur in diesem Land am Tiefpunkt sieht.

Mieten stiegen moderat

Nachweislich sind die Mieten in den letzten Jahren sehr moderat gestiegen, während die Betriebskosten – die daher sehr gerne zur Miete dazu gezählt werden – exorbitant gestiegen sind. Für Müllentsorgung, Wasser, etc ist aber der kommunale Bereich zuständig und nicht der private Vermieter. Daher wäre eine vertretbare Maßnahme zum Beispiel die Mehrwertsteuer von Mieten zum Teil oder zur Gänze auszusetzen.

Ursache und Wirkung werden verkannt

Da mit diesem Gesetz nur der Schwellenwert für Altmieten (Bauten vor 1994) erhöht werden soll, kann von einer Treffsicherheit der Maßnahme wohl nicht gesprochen werden. Denn profitieren tun nur jene, die ohnehin seit Jahrzehnten privilegiert und geschützt werden und nicht jene von denen so gerne gesprochen wird.

Die Wertsicherungsanhebung der Mieten geschieht aufgrund der Inflation und wird diese durch die Verschiebung der Anhebung aufgrund des geringeren Gewichts der reinen Mieten im Index in keiner Weise beeinflusst. Im Gegenteil, die Erhöhung wird bei Erreichen des Schwellenwertes besonders schmerzlich, was unweigerlich zur nächsten Diskussion führen wird. Nur was wird dann als nächstes kommen? Es wird aus purer Wahlkampfaktik ein Thema hochgespielt, das mehr Ernsthaftigkeit und Nachdenken verdient hätte, anstatt als ein rein populistisches Wahlkampfzuckerl zu dienen, das jenen die Hilfe wirklich nötig hätten, kaum Hilfe anbietet.

Altbauten sanieren sich nicht von allein

Ohne institutionelle Immobilieninvestoren gäbe es in Wien schon lange nicht mehr die Vielzahl an schön renovierten Althäusern die gerne bewundert werden. Solche enormen Investitionen sind aber nur dann möglich, wenn zumindest ein Minimum an Ertrag erwirtschaftet werden kann. Darüber hinaus vermieten aber auch tausende Privatpersonen Wohnungen, die eine gewisse Rendite abwerfen müssen, um Investitionen tätig zu können.

Die sowieso schon sehr beschränkten Ertragsmöglichkeiten nun weiter einzuschränken müsse daher entschieden abgelehnt werden. „Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, soziale Maßnahmen auf Kosten einzelner Haus- oder Wohnungseigentümer sicherzustellen.“

Rückfragehinweis: Mag. Karin Keglevich
Special Public Affairs PR-Beratung & Lobbying GmbH
Goldschmiedgasse 8/8, 1010 Wien
Tel +43 1 532 25 45 10, Fax +43 1 532 25 46
Email: keglevich@spa.co.at